

Politik brief

April
2014

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

Mehr Europa, bitte!

20 %-Ziel der EU: Plädoyer für die Re-Industrialisierung
Priorität: Industriepolitik stärken
Innovationskraft: Dauerhaft vorne mitspielen
Freihandel: Als Wachstumsmotor nutzen
Energiepolitik: Vorausschauend und kostenbewusst
Produktsicherheit: Regeln mit Augenmaß umsetzen
Schlaglichter: Die Bedeutung der deutschen Industrie
Chemieindustrie: Kernbranche in Deutschland und Europa

Seite 2
Seite 3
Seite 4
Seite 5
Seite 6
Seite 7
Seite 8
Seite 9

20%-Ziel der EU nicht aus den Augen verlieren

Plädoyer für die Re-Industrialisierung

2014 ist für Europa ein entscheidendes Jahr. Im Mai wählen die Bürger ein neues EU-Parlament, anschließend steht die Neubesetzung der EU-Kommission an. Abgeordnete und Kommissionsmitglieder stehen vor erheblichen Herausforderungen: Die Finanz- und Währungs-krise muss überwunden, die Arbeitslosigkeit gerade in den südlichen EU-Staaten gesenkt und die Konjunktur europaweit belebt werden.

Das alles kann nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Industrie gelingen, denn der Sektor ist von überragender Bedeutung: Die Industrieunternehmen stehen für 75 Prozent der europäischen Warenexporte. Ihr Anteil an Forschung

und Entwicklung beträgt 65 Prozent. Und neben den 32 Millionen direkt beschäftigten Mitarbeitern sichert die Industrie indirekt weitere 20 Millionen attraktive Arbeitsplätze.

Allerdings: In den vergangenen Jahren sind in der EU Millionen Industriearbeitsplätze verloren gegangen. Der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung sackte 2012 auf nahezu 15 Prozent ab. Die EU-Kommission will gegensteuern und dazu beitragen, den Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu steigern.

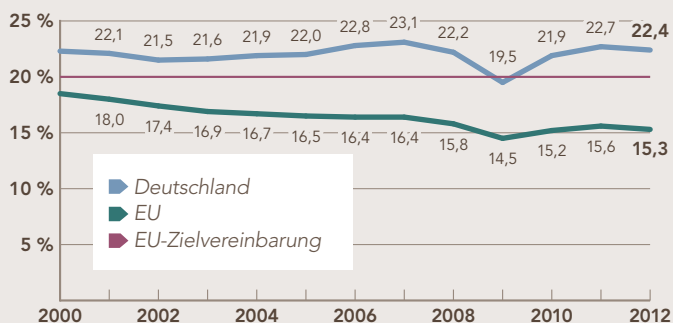
Aus Sicht der chemischen Industrie braucht es dazu:

- Mehr Kooperation im Bereich Energie – denn rein nationale Energiekonzepte sind ineffizient.
- Mehr EU-Mittel hin zu Forschung und Infrastruktur umschichten – das schafft Wachstumsimpulse.
- Mehr Augenmaß bei Regulierungen – andernfalls leidet die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und die Re-Industrialisierung des Kontinents bleibt ein Wunschtraum.

Die deutsche Chemieindustrie – deren Exporte zu 60 Prozent in ihren „EU-Heimatmarkt“ gehen – setzt auf eine Politik, die das europäische Projekt konstruktiv gestaltet. Europa verdient keine Skepsis und schon gar keine Ablehnung. Es ist und bleibt unsere Zukunft.

EUROPÄISCHE INDUSTRIE IM ABWÄRTSTREND

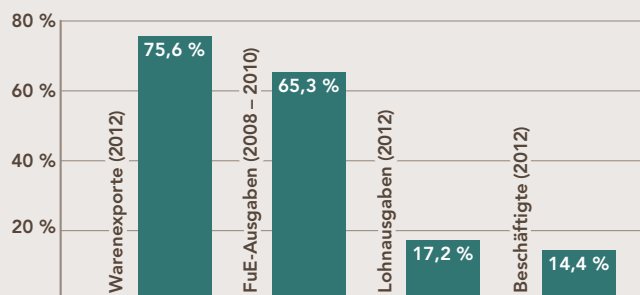
Anteile der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent; Quellen: OECD, VCI



Auch wenn sich Deutschland im EU-Vergleich noch wacker schlägt: Europaweit befindet sich die industrielle Wertschöpfung im Sinkflug, auch aufgrund von Überregulierung und ehrgeizigen Zielen in anderen Politikfeldern wie Umwelt- und Klimaschutz. Die Politik will und sollte gegensteuern.

INDUSTRIE ALS RÜCKGRAT DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT

Anteile der Industrie
Quelle: BusinessEurope, Studie „Industry Matters“, Januar 2014



Zwar beschäftigt die Industrie in Europa „nur“ jeden siebten Arbeitnehmer, ihre Bedeutung für Forschung und Entwicklung und Exporte ist jedoch überragend. Die industrielle Wertschöpfung ist eine Säule des Wohlstands.



Wettbewerbsfähigkeit als politisches Ziel manifestieren

Priorität: Industriepolitik stärken

Die Zahl ist eindeutig: Der Anteil der EU an der weltweiten industriellen Wertschöpfung ist von 25,7 Prozent im Jahr 2000 auf 20,8 Prozent im Jahr 2012 gesunken. Der Industriestandort Europa muss sich sputen, will er weiterhin im globalen Wettbewerb bestehen.

Zuallererst sind natürlich die Unternehmen gefordert, sich mit überzeugenden Produkten weltweit zu behaupten. Klar ist aber auch, dass die politischen Rahmenbedingungen – die zu Recht immer stärker auf europäischer Ebene formuliert werden – maßgeblich über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit entscheiden. Problematisch aus industriepolitischer Sicht: Immer wieder verfolgt die EU sich widersprechende Zielsetzungen, immer wieder erliegen die Entscheidungsträger einem Hang zur Überregulierung. Beispiele:

- Dass sich EU-Regelungen im Wege stehen, zeigt sich in der Energie- und Klimaschutzpolitik. Regelmäßig vereiteln verschiedene Instrumente – Emissionshandel, Ausbau erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz – gegenseitig ihre Ziele. Dies geht letztlich zulasten des eigentlich übergeordneten Ziels, den Treibhausgas-Ausstoß zu minimieren.

- Zunehmend sieht sich die Industrie mit wachstumshemmenden Instrumenten konfrontiert: So führen die Ökodesign-Richtlinie oder absolute Minderungsziele in der Energieeffizienzrichtlinie nicht zwangsläufig zu mehr Umwelt- und Klimaschutz – ganz sicher stehen sie jedoch im Widerspruch zum Ziel der EU-Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu stärken.

- Der EU-Aktionsplan „Sustainable Consumption and Production“ soll eine „grüne“ Nachfrage künstlich stimulieren und setzt dabei auf einen bunten Strauß an Regulierungen. So wurden zahlreiche Doppelregelungen zum geltenden Stoff-, Produkt- und Umweltrecht ins Leben gerufen.

HÜTER DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Um dem selbstgesteckten Ziel der Re-Industrialisierung näherzukommen, muss die Industriepolitik in der EU endlich einen angemessenen Stellenwert erhalten.

Der VCI schlägt vor, den institutionellen Rahmen anzupassen:

Rolle des Industriekommissars stärken

- Auf der Ebene der EU-Kommission muss ein gestärkter Industriekommissar die

Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen in den politischen Entscheidungen einfordern.

Rolle des Generalsekretariats ausbauen

- Das Generalsekretariat der EU-Kommission sollte in seiner koordinierenden Rolle gestärkt werden und die Aufsicht über Gesetzgebungsinitiativen der Generaldirektionen übernehmen – damit kann das von der EU-Kommission propagierte Vorhaben eines Wettbewerbsfähigkeitschecks aller Rechtsetzungsinitiativen endlich konsequent angewendet werden.

Rolle des Wettbewerbsfähigkeitsrates festigen

- Der Wettbewerbsfähigkeitsrat – an dem je nach Tagesordnung die Minister für Wirtschaft, Industrie oder Forschung teilnehmen – sollte aufgewertet werden. Als Vorbild könnte der Finanzministerrat dienen.

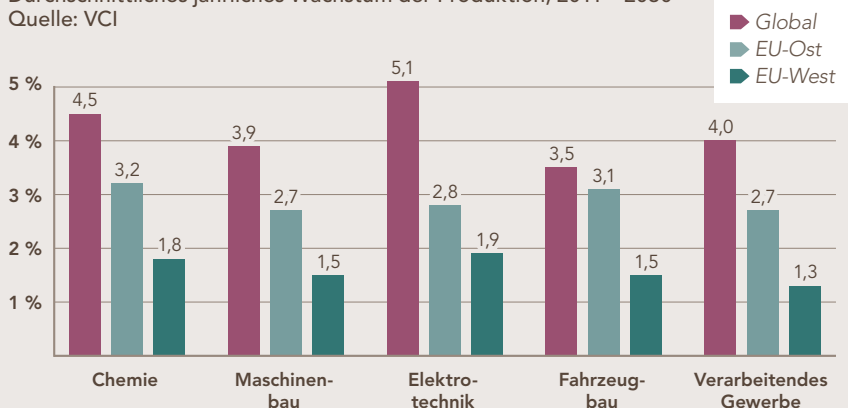
Gleichrangige Zielsetzungen festlegen

- Im Sinne der Nachhaltigkeit sollte bestimmten Zielen (zum Beispiel für Energie oder Klimaschutz) keine Priorität eingeräumt, sondern ein Gleichklang aller Ziele angestrebt werden.

Die westeuropäischen Industrien werden in den kommenden Jahrzehnten unterdurchschnittlich wachsen. Wachstumsfördernde politische Rahmenbedingungen sind umso wichtiger, damit der Rückstand nicht unnötig groß wird.

EUROPA HINKT BEIM WACHSTUM HINTERHER

Durchschnittliches jährliches Wachstum der Produktion, 2011 – 2030
Quelle: VCI



Anreize für mehr Wissen schaffen

Innovationskraft: Dauerhaft vorne mitspielen

In ihrer Wachstumsstrategie „Europa 2020“ formuliert die EU-Kommission ehrgeizige Ziele, um den Kontinent auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. Zentrales Element: die Steigerung der Innovationskraft. Damit sich Europas Industrieunternehmen hier noch stärker einbringen können, müssen die EU und ihre Einzelstaaten für die passenden Rahmenbedingungen sorgen.

Zwar liegt die Kompetenz für Forschungs- und Wissenschaftspolitik weitgehend bei den Mitgliedstaaten, doch fördert auch die EU Innovationen. Sie sollte ihren Handlungsspielraum nutzen und die Aktivitäten der Unternehmen noch stärker unterstützen.

Der VCI schlägt dazu vor:

Innovationsallianzen fördern

- Das Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ stellt Wissenschaft und Unternehmen in den kommenden sieben Jahren 77 Milliarden Euro zur Verfügung. Bei der Mittelvergabe sollten auf Seiten der Wirtschaft Verbünde aus kleinen Unternehmen, Start-ups und großen Unternehmen gefördert werden, um vermehrt

Innovationsallianzen entlang der Wertschöpfungsketten zu schaffen. Dies generiert Wachstum und Arbeitsplätze und erschließt neue Auslandsmärkte.

Geistiges Eigentum schützen

- Patente und Markenschutzrechte sind der Schlüssel für die erfolgreiche Vermarktung von Innovationen. Sie sichern die Refinanzierung von Investitionen in Forschung und Entwicklung und erhalten damit die Innovationskraft der Unternehmen. In diesem Sinne wurde jüngst das europäische Patentrecht gestärkt. Global bestehen allerdings vielfach noch große Herausforderungen, sodass Deutschland und die EU sich weiterhin für den wirksamen Schutz kreativer Ideen einsetzen müssen.

Fachkräftemangel bekämpfen

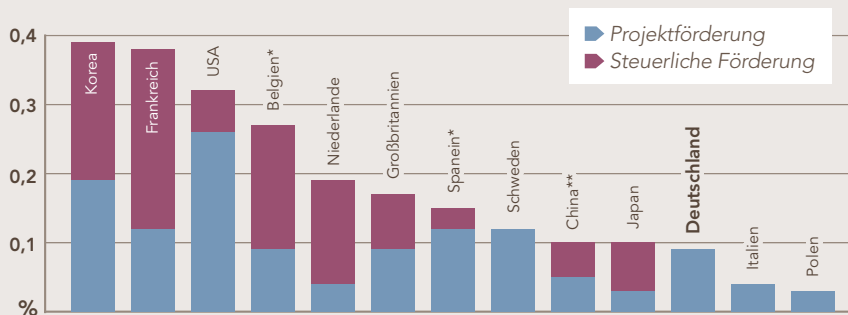
- Wie viele andere Industriezweige ist auch die Chemiebranche auf qualifizierte Facharbeiter und Hochschulabsolventen angewiesen. Der demografische Wandel wird die Suche nach geeigneten Bewerbern verschärfen – die Politik kann hier gegensteuern, indem sie zum Beispiel die internationale Hochschulkooperation vorantreibt und die Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Qualifikationen innerhalb der EU deutlich vereinfacht.

Steuerliche Förderung einführen

- Auch die Mitgliedstaaten der EU sind gefordert. Deutschland hat zwar mit einem Forschungs- und Entwicklungsanteil von 2,98 Prozent am BIP das EU-Ziel von 3 Prozent praktisch erreicht. Allerdings ist die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft hierzulande im Vergleich zu anderen Staaten deutlich unterdurchschnittlich. Zudem beschränkt sie sich derzeit auf Projektförderung. Dringend notwendig und parteiübergreifend sowie von der EU-Kommission seit Jahren gefordert ist die Ergänzung um eine steuerliche Forschungsförderung. Sie ist sinnvoll, weil sie den forschenden Unternehmen die Wahl der Themen überlässt sowie leicht und unbürokratisch zu handhaben ist. Zwei Drittel der OECD-Länder haben sie schon eingeführt. Ganz wichtig: Die steuerliche Forschungsförderung muss für forschende Unternehmen aller Größenklassen gelten.

STAATLICHE FÖRDERUNG VON FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG (FUE) IM WIRTSCHAFTSSEKTOR

Anteile am BIP 2011 in Prozent; Quellen: EFI-Gutachten 2014, IW Köln



*Datengrundlage 2010 ** Datengrundlage 2009

Deutschland zählt zu den wenigen Ländern, die auf eine steuerliche Forschungsförderung verzichten. Unverständlich, denn Untersuchungen belegen: Steuerliche Förderung forciert den Forschungsaufwand der Unternehmen zusätzlich.

Eine Steuergutschrift von 10 Prozent auf FuE-Leistungen würde die dazugehörenden Aufwendungen um 12,5 Prozent steigern. Damit würde Deutschland durch Steuermehreinnahmen und Nutzung des technischen Fortschritts schätzungsweise in einem Volumen von 750 Millionen Euro profitieren.

Mehr Wohlstand für alle schaffen

Freihandel: Als Wachstumsmotor nutzen

Angesichts der noch nicht ausgestandenen Wirtschafts- und Finanzkrise braucht Europa dringend neue Wachstumsimpulse. Die derzeitigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA bieten hierzu eine einmalige Chance und eröffnen laut einer Studie des Centre for Economic Research Wohlfahrtsgewinne von geschätzten 119 Milliarden Euro für die EU. Voraussetzungen sind der konsequente Abbau aller Handelshemmnisse sowie die Verbesserung der regulatorischen Zusammenarbeit.

Seit Mitte 2013 verhandeln die USA und die EU über ein umfassendes Abkommen unter dem Namen Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Zentrale Themen sind die Abschaffung aller Zölle, einfache Ursprungsregeln, der Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Energieträgern sowie bessere Investitionsbedingungen.

Der VCI unterstützt TTIP und fordert:

Regulatorische Zusammenarbeit ausbauen

- Die Behörden müssen bei gesetzgeberischen und regulatorischen Fragen mehr kooperieren, um den Unterneh-

men Doppelarbeit zu ersparen und um langfristig mehr Gesetzeskohärenz zu erreichen. Ein gutes Beispiel sind die stark unterschiedlichen Pflichten in Berichtswesen und Datenerfassung, die erhebliche Kosten verursachen. Ein weiteres Beispiel: Sowohl die Arzneimittelbehörde der USA (FDA) als auch der EU (EMA) führen bei ein und demselben Unternehmen getrennt voneinander Inspektionen durch. Da in diesem Bereich vergleichbare Schutzstandards existieren, könnten die beiden Agenturen ihre Arbeit gegenseitig anerkennen.

Partner frühzeitig einbinden

- Ein weit verbreitetes Missverständnis lautet, dass TTIP die Regulierungshoheit im Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutz infrage stellt. Dies ist nicht der Fall. Das Recht, hohe Schutzstandards festzulegen, bleibt unberührt. Allerdings verpflichten sich beide Seiten, Doppelarbeit bei existierenden Regulierungen zu vermeiden und den Partner bei neuen frühzeitig einzubinden. Langfristig soll dies zu einer stärkeren Annäherung führen.

Investitionen besser schützen

- Das Freihandelsabkommen sollte Regeln zum Schutz von Investitionen enthalten. Die sogenannte Investor-

Staat-Schiedsgerichtsbarkeit ist dafür ein zentrales Instrument und wird international bereits praktiziert, so auch in den meisten der 131 bilateralen Abkommen der Bundesrepublik. Um Missbrauch zu vermeiden, können und sollten die Regeln in TTIP so definiert werden, dass neue Gesetze zum Schutz von Verbrauchern und Umwelt nicht automatisch als enteignungsgleicher Eingriff in Investorenrechte gewertet werden können.

Über pures Wachstum hinausdenken

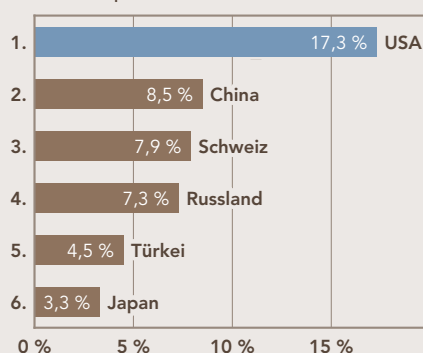
- Freihandel ist ein besonders effektiver Weg, um Wachstum zu schaffen. Was liegt für die EU also näher, als die wirtschaftliche Integration mit ihrem größten Handelspartner zu vertiefen? Doch TTIP wird nicht nur zu einer größeren Produktvielfalt, mehr Wettbewerb und neuen Arbeitsmöglichkeiten führen. Es trägt auch zu einer intensiveren Zusammenarbeit sowie zur Vertrauensbildung und damit zum Abbau von Spannungen bei. Ferner eröffnet es die Chance, gemeinsam hohe globale Standards zu setzen. Die Politik sollte sich nicht beirren lassen, sondern den eingeschlagenen Weg zum Freihandel mit den USA weitergehen.

Die USA sind der mit Abstand wichtigste Exportmarkt der EU. 2012 gingen EU-Waren im Wert von 292 Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten. Davon entfielen auf die Chemieindustrie 21,5 Prozent. Mit diesem Wert belegt sie hinter dem Maschinenbau den zweiten Rang und liegt deutlich vor der Automobil- und Elektroindustrie.

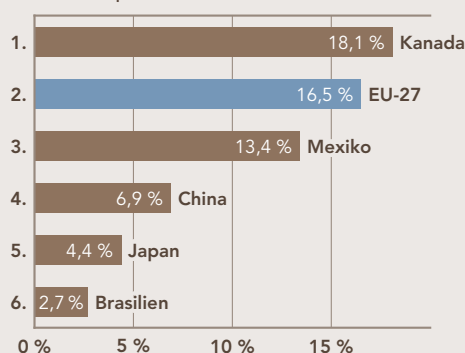
USA UND EU SIND WECHSELSEITIG WICHTIGE HANDELSPARTNER

Ranking der Handelspartner, Anteile am Export 2012; Quelle: VCI

Handelspartner der EU



Handelspartner der USA



Den Energiemarkt harmonisieren

Energiepolitik: Vorausschauend und kostenbewusst

In der Energiepolitik kann von europäischer Einigung bislang keine Rede sein: 166 unterschiedliche Klima- und Energieregeln gibt es EU-weit. Dabei sind die vielen Alleingänge nicht nur teuer, sondern auch ineffizient und schädlich für den Industriestandort Europa. Eine kostenbewusste Harmonisierung ist dringend geboten.

Bestes Beispiel für den mangelnden Einklang ist die deutsche Energiewende: Durch den subventionierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) steigen hierzulande die Strompreise ungebremst. 2014 zahlt die chemische Industrie fast 1 Milliarde Euro EEG-Umlage, trotz Entlastungsregelungen. In anderen Ländern agieren die Unternehmen ohne vergleichbare Kosten – und haben dadurch eine deutlich bessere Ausgangslage im europäischen und internationalen Wettbewerb.

Laut EU-Vertrag garantiert die Europäische Union einen freien Markt und faire Wettbewerbsbedingungen. In diesem Sinne muss sie auch eine einheitliche Energiepolitik vorantreiben. Zudem sollte der ebenfalls auf europäischer Ebene zu harmonisierende Ausbau der

erneuerbaren Energien stets dem übergeordneten Ziel, den Treibhausgas-Ausstoß zu reduzieren, untergeordnet sein.

Um diese beiden Prämissen für eine vorausschauende Energiepolitik zu erfüllen, schlägt der VCI vor:

Wettbewerbsfähigkeit beachten

■ Eine vorausschauende Energiepolitik achtet auf ein Gleichgewicht von Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit. Die Förderung der Erneuerbaren darf dabei kein Selbstläufer sein, sondern muss sich an ihrem Beitrag zur Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes und für eine größere Unabhängigkeit von Energieimporten messen lassen. Das Grünbuch der EU zur Energie- und Klimapolitik bis 2030 weist in dieser Hinsicht bereits den Weg, da es bestehende Ungleichgewichte hinterfragt und für ein globales Klimaschutzabkommen eintritt.

Gemeinsamen Energiemarkt schaffen

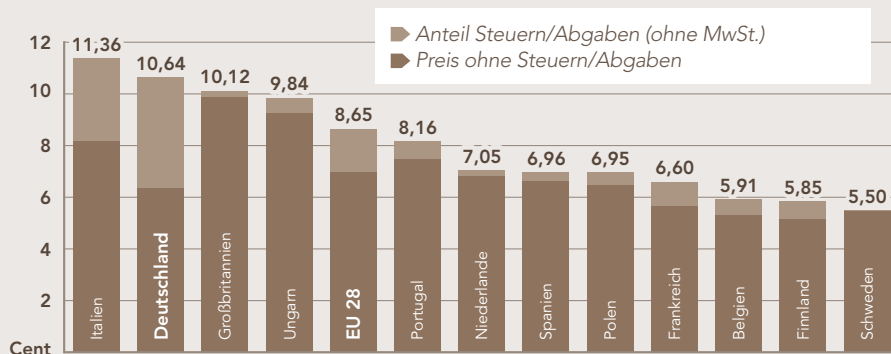
■ Jedes EU-Mitglied entscheidet über eigene Ziele und Maßnahmen bei der Förderung erneuerbarer Energien. Dies führt zu starken Preisunterschieden für den Industriestrom und massiven Wettbewerbsverzerrungen für die Wirtschaft. Eine europäische Lösung in der Förderpolitik für Erneuerbare ist unerlässlich.

Faire Klimaschutzziele setzen

■ Die EU beabsichtigt, bis 2030 den Treibhausgas-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu reduzieren und 27 Prozent des Endenergieverbrauchs aus Erneuerbaren zu gewinnen. Dies würde die ohnehin ungerechte Lastenverteilung zwischen den Sektoren des Emissionshandels weiter verschärfen, denn: Die neuen Treibhausgas-Vorgaben werden in neue Minderungsziele des Emissionshandels übersetzt, die von sämtlichen Teilnehmern erfüllt werden müssen – auch von der Chemie und völlig unabhängig von bisherigen Vorleistungen bei der Reduktion. Dabei sind gerade diese in der chemischen Industrie immens: Seit 1990 hat sie ihre Emissionen nahezu halbiert. Am Ende bedeutet das neue Treibhausgas-Ziel für die europäische chemische Industrie eine Minderung um 70 Prozent bis 2030. Diese Last muss fairer auf alle Schultern verteilt werden. Die Klimaschutzziele der EU dürfen zudem nicht losgelöst vom Rest der Welt festgesetzt werden, sondern müssen sich auch an den internationalen Entwicklungen orientieren.

STROMPREIS FÜR DIE INDUSTRIE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Eurocent pro kWh bei einem Verbrauch von 70 bis 150 GWh
Werte: 1. Halbjahr 2013; Quellen: Eurostat, VCI



Die Strompreise innerhalb der EU unterscheiden sich deutlich. Die deutsche Industrie muss Höchstpreise verkraften.

Die Politik trägt zu dieser Entwicklung erheblich bei: Rund 40 Prozent des Industriestrompreises sind auf Steuern und Abgaben zurückzuführen – deutlich mehr als in jedem anderen europäischen Land.

Verantwortung übernehmen

Produktsicherheit: Regeln mit Augenmaß umsetzen

Unternehmen müssen zahlreiche nationale und EU-weite Regulierungen beachten, die eine sichere Produktion und Verwendung von chemischen Produkten gewährleisten. Die Anzahl dieser Vorschriften hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen – und mit ihnen auch bürokratischer Aufwand und Kosten. Regulierung ist wichtig, doch sie muss mit Augenmaß erfolgen.

Für die Chemieindustrie gehört Produktverantwortung zum Kerngeschäft: Mit ihrer Initiative „Responsible Care“ verpflichten sich die Unternehmen weltweit zu höchsten Standards. Insbesondere kleine Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern stoßen angesichts zunehmender und sich rasch verändernder Anforderungen an ihre Grenzen. Umso wichtiger ist es, eine kohärente und praktikable Gesetzgebung zu erreichen, die sowohl die anspruchsvollen Sicherheitsanforderungen als auch die internationalen Wettbewerbsbedingungen berücksichtigt, in denen sich die Chemiebranche zu bewähren hat. Zudem sollte den Unternehmen zunächst ausreichend Zeit gegeben werden, um die bestehenden Regelungen wie vorgesehen schrittweise umzusetzen – und zwar bevor über eine Ausweitung des Regelwerks nachgedacht wird.

Deshalb schlägt der VCI vor:

REACH: Stabiles Umfeld beibehalten

Seit 2007 regelt die EU-Chemikalienverordnung REACH die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien – ein Mammutprojekt. In den ersten beiden Registrierungsphasen bis Mai 2013 wurden bereits mehr als 37.000 Dossiers erstellt. Die dritte Phase bis 2018 wird nochmals ein Kraftakt. Besonders kleine und mittlere Chemiebetriebe sind auf direkte Ansprechpartner bei der EU-Chemikalienagentur ECHA und auf vereinfachte Verfahren angewiesen. Eine besondere Problematik zeichnet sich bei der Kandidatenliste und beim Zulassungsverfahren ab: Betroffen sind auch bestimmte Stoffe, die in industriellen Verfahren eingesetzt werden, wie Lösemittel und Katalysatoren. Die Unsicherheit, ob eine Zulassung erteilt oder später verlängert wird, hängt wie ein Damoklesschwert über den Unternehmen. Sie wirkt sich negativ auf Planungs- und Investitionsentscheidungen aus und ist ein erheblicher Nachteil für europäische Unternehmen.

Biozid-Verordnung: Pragmatisch umsetzen

Eine neue EU-Verordnung regelt die Markteinführung von Biozid-Produkten und ihre Anwendung. Die vorgeschriebene Genehmigung und das Zulassungsverfahren sind enorm aufwendig, kostenintensiv und komplex. Viele Wirkstoffe und Produkte, die für einen hohen Hygiene- und Gesundheitsschutz unverzichtbar sind, sind dadurch bereits weggefallen. Schlimmstenfalls gerät somit die Gesundheit von Mensch und Tier in Gefahr. Um diese negative Folge abzumildern, sollten die Regelungen jetzt so pragmatisch wie möglich umgesetzt werden.

Nanomaterialien: Keine Spezialgesetze schaffen

Winzige Nanoteilchen bieten vielseitige Chancen: für die Energieerzeugung und -nutzung, für den Klimaschutz und für den schonenderen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Um diese Potenziale zu nutzen, sollten Bund und Länder die Forschung zu Nanomaterialien weiter unterstützen. Darüber hinaus gilt es, eine Doppelregulierung zu vermeiden – bestehende Vorschriften wie REACH können ohne Weiteres darauf angewendet werden.

In der EU gelten zusätzlich zu nationalen Vorschriften enorm viele Regulierungen für nahezu alle Produkte, Lebensbereiche und Aspekte der industriellen Produktion.

Nachdem die wichtigen Felder nun umfassend abgedeckt sind, geht es an die Umsetzung. Gerade in Deutschland macht der Aufwand zur Bewältigung dieses Regulierungsdschungels vor allem mittelständischen Firmen mit kleiner Belegschaft enorm zu schaffen.

* REACH-Verordnung: Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals
CLP-Verordnung: Regulation on Classification, Labelling and Packaging of Substances and Mixtures



Schlaglichter für ein starkes Europa

Die Bedeutung der deutschen Industrie*

► STARKER ARBEITGEBER: Beschäftigte der deutschen Industrie (= Verarbeitendes Gewerbe)	5,9 Mio. Menschen
► GARANT FÜR DEN WOHLSTAND: Lohn- und Gehaltszahlungen der deutschen Industrie	283 Milliarden €
► ATTRAKTIVER ARBEITGEBER: Lohnniveau in der deutschen Industrie (im Vergleich zur Gesamtwirtschaft)	49.204 € (37.126 €)
► STÜTZE DES DEUTSCHEN BRUTTOINLANDSPRODUKTS: Anteil der Industrie am heimischen BIP	22,4 %
► ECKPFEILER DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIE: Anteil der deutschen Industrie an der EU-Industrie (Umsatzanteil)	27 %
► ZENTRALER INNOVATIONSTREIBER I: Ausgaben der deutschen Industrie für Forschung und Entwicklung	57,6 Milliarden €
► ZENTRALER INNOVATIONSTREIBER II: Anteil der Industrie an der privatwirtschaftlich ausgeführten Forschung und Entwicklung in Deutschland	87 %
► MEISTER DER EFFIZIENZ: Produktivitätszuwachs der deutschen Industrie zwischen 2000 und 2012	31 %
► SÄULE DER EXPORTWIRTSCHAFT I: Wert der deutschen Industriewarenexporte	1,163 Billionen €
► SÄULE DER EXPORTWIRTSCHAFT II: Anteil der Warenexporte an den Gesamtexporten Deutschlands	85 %
► VERLÄSSLICHER INVESTOR: Bruttoanlageinvestitionen der heimischen Industrie in Deutschland	55,1 Milliarden €
► STARKER MITTELSTAND: Anteil der kleinen und mittelgroßen Unternehmen (< 500 Beschäftigte) an der deutschen Industrie	95 %
► HEIMATMARKT EUROPA: Anteil der EU-Staaten an den deutschen Warenexporten	57 %
► WICHTIGER HANDELSPARTNER: Anteil der EU-Staaten an den deutschen Warenimporten	56 %
► HEIMAT DER CHEMIEINDUSTRIE: Anteil der Chemie am deutschen Industrieumsatz	10,7 %

*Daten: 2012

Die chemische Industrie in Zahlen

Kernbranche in Deutschland und Europa

Die chemisch-pharmazeutische Industrie zählt zu den bedeutendsten Branchen Europas. Mit einem Umsatz von 787 Milliarden Euro und einem Handelsüberschuss von rund 100 Milliarden Euro sichert sie Arbeitsplätze und Wohlstand. Die deutschen Chemieunternehmen leisten dazu mit einem Umsatz-

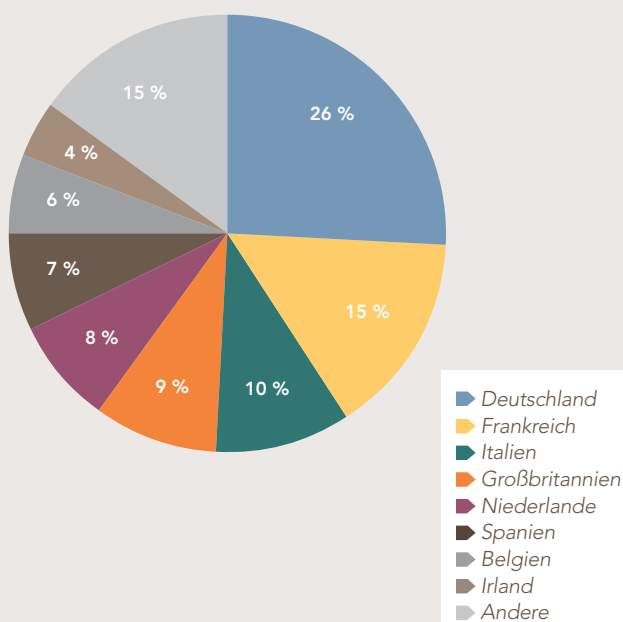
anteil von 26 Prozent einen erheblichen Beitrag. Zudem investieren sie pro Jahr knapp 10 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE). Das entspricht rund 27 Prozent aller FuE-Aufwendungen der europäischen Chemieindustrie und ist ein wichtiger Beitrag, um Europa als weltweit führenden Chemiestandort

langfristig zu stärken. Wie verbunden die deutsche Chemie mit Europa ist, unterstreichen insbesondere die Import- und Exportkennziffern.

ANTEILE DER LÄNDER AN DEN CHEMIEUMSÄTZEN DER EU-27

Anteile in Prozent, 2012

Quellen: Chemdata International, VCI

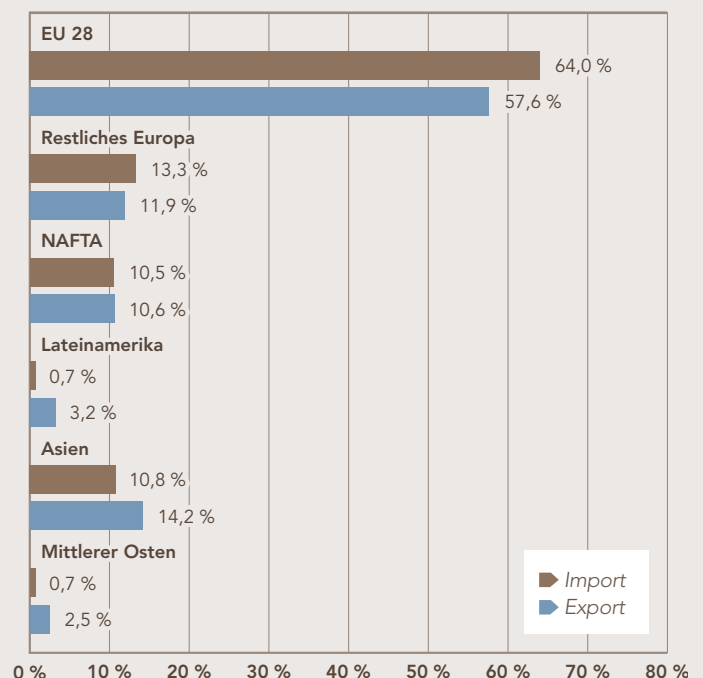


Deutschland ist der größte Hersteller von chemischen und pharmazeutischen Produkten in Europa. Die Unternehmen erwirtschaften mehr als ein Viertel des Umsatzes der EU-Chemieindustrie. Danach folgen Frankreich und Italien mit 15 und 10 Prozent.

IMPORTE UND EXPORTE DER DEUTSCHEN CHEMIEINDUSTRIE NACH REGIONEN

Anteile an den gesamten Importen und Exporten in Prozent, 2013

Quellen: Statistisches Bundesamt, VCI



Die EU ist mit weitem Abstand der wichtigste Handelspartner für die deutsche Chemieindustrie. Die enge Verflechtung mit Europa zeigt sich sowohl in der Import- als auch in der Exportbilanz.

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer VCI-Hauptstadtbüro Norbert Theihs

E-Mail theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12

Geschäftsführer VCI-Europabüro Prof. Dr. Reinhard Quick

E-Mail quick@bruessel.vci.de **Telefon** +32 (0)2 54806-90

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),

Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt **Telefon** +49 (0)69 2556-0

Verantwortlich Manfred Ritz **Chefredaktion** Jenni Glaser

Redaktionsschluss 25. März 2014 **Agenturpartner** www.GDE.de; Jens Köster

Weitere Informationen www.vci.de/politikbrief und
[www.twitter.com/chemieverband](https://twitter.com/chemieverband)